



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressestatement

Trauer und Fassungslosigkeit: Die tödliche Gewalttat in Mannheim erschüttert

Berlin, 04.06.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Dr. Christos Pantazis Braunschweiger Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Braunschweig zum Tod des 29-jährigen Polizeibeamten in Mannheim:

„Die tödliche Messerattacke auf den 29-jährigen Polizeibeamten in Mannheim macht mich fassungslos. Wenn ein Familienvater zum Mörder wird und der Hass auf andere, die Liebe zu den eigenen Kindern übersteigt. Wenn Schläge, Stiche und Gewalt zum politischen Weg werden. Wenn Ideologien über dem Menschenleben stehen.

Es erschüttert mich zutiefst, wenn unterschiedliche politische Meinungen in brutale Gewalt münden und dadurch unzähliges Leid erzeugen. Diese mörderische Tat ist nicht zu rechtfertigen und muss mit aller Härte geahndet werden.

Ich traure um den verstorbenen Polizisten und richte mein Beileid an seine Familie und Freunde. Gewalt ist keine Meinung und hat in unserer Gesellschaft nichts zu suchen. Ich solidarisiere mich daher mit allen Opfern politischer Gewalt. Es fehlt immer mehr Menschen an diesem grundlegenden Respekt voreinander und die Wertschätzung der eigenen und der Freiheit anderer!

In letzter Konsequenz müssen wir darüber sprechen, wie wir mit Menschen verfahren, die bei uns schwere Straftaten begangen haben und hier gleichzeitig Asyl erhalten haben. In diesem Zusammenhang müssen die Sicherheitsinteressen



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Deutschlands über den Bleibeinteressen des Betroffenen stehen.“